

Kujawisches Wochenblatt.

Organ für die Kreise Inowracław, Mogilno und Gnesen.

Erscheint Montag und Donnerstag.
Vierteljährlicher Abonnementspreis:
Für die 11 Sgr. durch alle Kgl. Postanstalten 12³/₄ Sgr.

Siebenter Jahrgang.
Verantwortl. Redakteur: Hermann Engel in Inowracław

Insertionsgebühren für die dreispaltige
Korpuszeile oder deren Raum 1¹/₄ Sgr.
Expedition: Geschäftsbüro Friedrichstraße 7.

Die unerzeichnete Expedition ladet zum **Abonnement** für den Monat December ergebenst ein.

Der Abonnementspreis für diesen Zeitraum beträgt für Hiesige 3 Sgr. 9 Pf., Auswärtige inclusive des Portozuschlages 6 Sgr.

Da die Königl. Postanstalten nur auf vollständige Quartale Bestellungen ausführen, so ersuchen wir Diejenigen, welches dieses neue Abonnement benutzen wollen, den Betrag von 6 Sgr. durch Postanweisung (ohne Brief) **direct an uns einzusenden**, wogegen wir die gewünschten Exemplare pünktlich der betreffenden Postanstalt überweisen.

Die Exp. des Kujawischen Wochenblattes.

Die Titelfrage des Kaisers von Oesterreich.

Durch k. Handschreiben an den Reichskanzler ist die Titelfrage des Kaisers von Oesterreich entschieden und die Bestimmung getroffen, daß der zukünftige Titel des Kaisers lauten solle: Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn, der Titel des gesammten Reiches: Oesterreichisch Ungarische Monarchie. Wir haben diese Erklärung unter den jetzigen Verhältnissen keineswegs als eine bloße Formalität aufzufassen, sondern als einen endgültigen Beschluß über die äußere Verfassung des Kaiserreichs, der an die Adresse der Czehen und Polen gerichtet ist. Es ist bekannt, daß diese den österreichischen Staat in einen Föderativstaat aufzulösen bemüht sind und deshalb darauf ausgehen, es den Ungarn nachzumachen und für sich dieselbe Autonomie zu beanspruchen, welche die Magyaren nach langen blutigen Kämpfen sich endlich errungen haben. Wenn die letztern dabei auf das ursprüngliche Verhältniß der Personalunion, die sie mit Oesterreich verband, zurückgehen und sich auf alte Verträge, die ihre Selbstständigkeit verbürgten aber von den Habsburgern stets mißachtet wurden, berufen konnten, so stehen den Czehen und Polen solche Rechtsansprüche nicht zur Seite, seitdem Ferdinand II. den böhmischen Majestätsbrief zerschnitt und seitdem das Recht des Stärkern nach der Theilung Polens Galizien dem habsburgischen Scepter unterwarf. Daß vielmehr die czechische Opposition und Nationalitätsschwindsel eine künstlich gemachte ist, die in dem rohen Volke keine Wurzel hat und mit den Führern derselben zu Grabe getra-

gen werden wird, steht fest. Leider hat die habsburgische Mikregierung diese Opposition, freilich zu ganz anderen Zwecken, selbst geweckt und großgezogen; jetzt erndtet sie die Früchte ihrer Saat, da sie es sehen muß, wie das Czenthum in landesverrätherischen Untrieben für den Panславismus eintritt und offen mit dem Moskowitenthum liebäugelt. Jene Erklärung des Kaisers ruft nun allen diesen Gebahren und den albernen Schwärmereien für eine Wenzelkrone, die niemals existirt hat, ein Halt zu. Mögen die Czehen die darin liegende Drohung verstehen und beherzigen.

Wenn aber der offen ausgesprochene Haß der Czehen gegen die österreichische Regierung auch in seinen Konsequenzen verständlich genug ist, so bleibt die Politik der Polen in Galizien ein ungelöstes Geheimniß, über das sie, wie wir fürchten, sich selbst nicht klar sind. Die Polen sind keine Anhänger des Panславismus, seitdem sie erkannt haben, daß derselbe nur russischen Plänen zum Aushängeschild dient, und daß die panslawistischen Ideen unter den südslawischen Stämmen und den Czehen von Moskau aus verbreitet und geleitet werden. Die Freundschaft der Polen für ihre Stammverwandten ist daher sehr abgekühlt, sie stehen vollständig isolirt unter ihnen da. Denn alle dem Panславismus anhängenden slawischen Stämme der Czehen, Slowen, Kroaten, Serben neigen sich offen zu dem „heiligen“ Rußland hin und betrachten den Czaren als den politischen Heiland, der schließlich ihre Einheitsbestrebungen verwirklichen soll. In diesem wesentlichen Glaubenspunkte trennen sich aber die Polen von den übrigen Slawen, sie hassen Rußland, sie hassen den Czaren als ihren Todfeind, und weit entfernt in Rußland aufgehen zu wollen, ist ihr ganzes Sinnen und Trachten dahin gerichtet (?) das polnische Land von seiner Herrschaft loszureißen und das alte Polenreich als Vormauer gegen Rußland wieder herzustellen. Wenn Rußland in Folge dessen danach bestrebt, die Polen bis auf den letzten Mann zu vernichten, so müßten diese kluger Weise an Habsburg sich anlehnen, dessen Politik keine russenfreundliche sein kann, sie müßten dahin wirken, das in seinen Grundfesten erschütterte Oesterreich nach Kräf-

ten zu stärken, um mit ihm vereint in den einstigen unvermeidlichen Kampf, der sich um die Donaumündungen erheben wird, Rußland zu Boden zu werfen und Rache an ihm für jahrelange Unbill zu nehmen. Aber diese Polen denken anders, sie geben sich alle Mühe, der österreichischen Regierung neue Verlegenheiten zu bereiten, um ein selbstständiges Galizien zu ertrogen, welches das dann dreifach getheilte Oesterreich sicherlich nicht mehr im Stande sein würde zu schützen, wenn es Rußland, aufgestachelt durch die polenfeindliche Agitation der in Galizien zahlreich verbreiteten Ruthenen, als eigentlich zu dem alten Polen gehöriges Gebiet für sich fordern sollte. Jetzt hat der Kaiser auch zu ihnen gesprochen und alle ferneren föderalistischen Zumuthungen zurückgewiesen, und das nicht weniger zum Heile Oesterreichs als der Polen.

Vom Landtage.

(Schluß der 10. Sitzung d. Abgeordnetenhauses.)

Es folgt die Verathung des Etats des landwirthschaftlichen Ministeriums. Die dauernden Ausgaben bei diesem Ministerium betragen im Ganzen 1,582,548 Thlr., die außerordentlichen Ausgaben 190,224 Thaler.

Minister Selchow leitet die Verathung mit der Bemerkung ein, daß die Regierung mit der Absicht umgegangen sei, mit einer viel größeren Forderung für diesen Etat vor das Haus zu treten. Die allgemeine Finanzlage habe aber einem jeden Ressortminister die Pflicht der größten Sparsamkeit auferlegt und so sei auch seine Forderung auf das unerläßliche Minimum beschränkt worden.

Zu Tit. 10 persönliche Ausgaben der Auseinandersetzungsbehörden beschließt das Haus die Beschlußfassung über die Position auszusetzen, bis der Minister sich orientirt haben wird. — Schluß 3¹/₄ Uhr.

In der 11. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 26. November erklärte der Justizminister, daß die Interpellation von Schulze-Delitzsch über 8 Tage beantwortet werden solle und überreichte zugleich den Entwurf einer Substitutionsordnung, welche nach seiner Mittheilung sehr weitgehende Reformen enthalten soll, insofern namentlich durch Verkürzung der Fristen und Verringerung der Tagen eine Beschleunigung des Verfahrens und eine Verminderung der Kosten bewirkt werden soll. Der Gesegentwurf wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Der Minister kündigt ferner die Einbringung zweier Gesegentwürfe über Erwerb und Vererbung des Grundeigenthums und über Hypothekenwesen an

Der Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Denunziantenanteile wurde darauf auf Antrag der Referenten von Hoyerbeck und Votlicher einstimmig angenommen, nachdem noch der Finanzminister vorher auf eine Bemerkung des Abg. Kuntze die ausdrückliche Erklärung abgegeben hatte, daß dasselbe die Beseitigung aller irgendwie bestehenden Denunziantenanteile bewirke.

Das Gesetz lautet: „Die Anteile, welche nach den bestehenden Vorschriften für die Entdeckung und Feststellung oder Anzeige von Zuwiderhandlungen gegen gesetzliche Bestimmungen an den in Folge dessen verhängten Geldstrafen oder dem Werth konfiscirter Gegenstände gewährt werden, sollen vom Jahre 1869 ab wegfallen.“

Es wurde darauf der Etat des landwirthschaftlichen Ministeriums fortgesetzt, deren Forderungen durchweg genehmigt werden. Die Kosten für ein neues Ministerialgebäude wurden abgelehnt.

(12. Sitzung am 27. Nov.) Namens der Kommission für die Geschäfts-Ordnung erstattet der Abg. v. Puttkammer Bericht über die Eidesverweigerung der nordschleswigischen Deputirten. Die Kommission beantragt: 1) die Abgeordneten Krüger und Ahlmann zur bedingungslosen Ableistung des Eides vor die Schranken laden zu lassen; 2) im Falle ihres nicht entschuldigtem Ausbleibens oder der Verweigerung der unbedingten Eidesleistung die Abgeordneten nicht für legitimirt zu erachten, einen Sitz im Hause einzunehmen, und demgemäß die Staatsregierung aufzufordern, eine Neuwahl zu veranlassen. Abg. v. Mallinckrodt erkennt zwar nicht die Motive der Abgg. Ahlmann und Krüger an, faßt aber die Befugnisse des Hauses nicht für so ausgedehnt anerkennen, daß dasselbe vom Volke gewählten Vertretern die Legitimation aus Gründen, wie die angeführten, abspreche. Man möge doch nicht, statt den Dampf ruhig ziehen zu lassen, auch noch Del ins Feuer gießen. Redner bringt den Antrag ein, an Stelle des §. 2 des Kommissionsantrages zu setzen: „die Abgeordneten Ahlmann und Krüger so lang, als sie bei der Eidesverweigerung beharren, nicht für befugt zu erachten, einen Sitz im Hause einzunehmen.“ — Nach lebhafter Debatte wird das Amendement Mallinckrodt's mit allen gegen ca. 50 Stimmen angenommen. Dagegen nur ein Theil der Konservativen, einige Freikonservative und Nationalliberale, wie die Abgg. Twesten und Rannigier.

Es folgt sodann Fortsetzung der Budgetberathung und zwar Berathung der Einnahmeverwaltung. Sämmtliche Positionen (Einnahmen 335,500 Thlr., Ausgaben 729,560 Thlr.) werden ohne Debatte bewilligt.

Es folgt Berathung des Justiz-Etats, den Reg.-Komm. Dr. Falk erläutert und zu welchem zahlreiche Anträge vorliegen. Für die allgemeine Debatte steht im Vordergrund ein Antrag von Lasker und v. Rönne: die Regierung aufzufordern auf eine Justiz-Organisation Bedacht zu nehmen, welche gestattet, die Justizbeamtenstellen derselben Kategorien in allen Theilen des Staates gleichmäßig zu dotiren und eine dem Bedürfniß entsprechende Erhöhung des Einkommens der Richter vorzunehmen.

In der General-Diskussion erneuert zuerst Dr. Kisch die alte Klage, daß den Juden in den Ressorts der Justiz und des Kultus noch immer, dem Geist und dem Buchstaben der Verfassung zuwider, die Anstellungsfähigkeit verweigert werde. Er wünscht die Ansicht des neuen Justizministers, dessen Gerechtigkeitsstimm er lobend hervorhebt, über diese Frage zu erfahren. Jedenfalls werde er (Redner) nie aufhören, die Rechte seiner Glaubensgenossen zu fordern. Man kann diese Rechte wohl zeitweilig verleugnen, aber niemals leugnen.

Abg. Hänel: Mit der Ausdehnung der

preuß. Justizorganisation auf Schleswig-Holstein hat meiner Ueberzeugung nach die Staatsregierung ihre Kompetenz überschritten, denn weder die Kommission, noch das Plenum dieses Hauses hat daran gedacht, die Dictatur so weit ausdehnen zu wollen, wie es hierdurch geschehen. Ich leugne nicht, daß wir durch Uebertragung der preuß. Gesetzgebung wesentliche Verbesserungen im Zivil- wie im Strafrechtverfahren erhalten haben; wenn wir aber die Handhabung dieser verbesserten Gesetze ins Auge fassen, so sind wir in eine bedeutend schlechtere Lage gekommen, namentlich durch die Superiorität der Staatsanwaltschaft gegenüber den Rechtsanwälten und Richtern. Die Richterkollegien sind neu zusammengesetzt, ohne festen Zusammenhang, müssen sich einarbeiten in eine neue massenhafte Gesetzgebung, sind ungeübt in dem mündlichen öffentlichen Verfahren und so stehen sie unsicher gegenüber der schon an sich gesetzlich überlegenen Staatsanwaltschaft, die sich aus den alten Provinzen rekrutirt und deshalb vollkommen geübt ist. Ich mache hieraus der Regierung keinen Vorwurf, die Folge dieser Konstellation ist die Herrschaft der Staatsregierung in Schleswig-Holstein, die sich leider ihres hohen Berufes, eine Wächterin des Gesetzes zu sein, nicht immer vollkommen bewußt geblieben ist. Die §§. 100 und 103 des preußischen Str.-G.-B., wenn sie nicht frei von jeder subjektiven Leidenschaftlichkeit gehandhabt werden, sind ein Schandfleck jeden Rechtssystems und geben der Staatsanwaltschaft die gefährlichste Waffe in die Hand — Redner führt eine Reihe von Fällen auf, namentlich Mäßregelungen der Presse, aus der er den Schluß zieht, daß unter der verfassungsförmigen Regierung der Dänen die Herrschaft eine mildere gewesen als jetzt. (Hört! Hört!) Das ist es, was wir nicht verstehen, wir erhalten eine bessere Gesetzgebung und in dem Augenblick verlagert dieselbe, wo wir sie auf unsere verfassungsmäßigen Freiheiten anwenden wollen. Ein solcher Zwiespalt zwischen dem Gesetz und dessen Handhabung muß nothwendig zu einer Entfremdung der Bevölkerung führen. Ich glaube nicht, daß ich neulich zu viel gesagt, als ich die Regierung des Oberpräsidenten v. Scheel-Blessen als die eines Parteinannes bezeichnete. Der Minister hat damals — meinen Aeußerungen gegenüber — auf den enthusiastischen Empfang hingewiesen, den der König auf seiner Reise bei der Schleswig-holsteinischen Bevölkerung gefunden, und zwar unter dem Beifall der rechten Seite dieses Hauses. Ich habe mich über diesen Beifall sehr gewundert, denn so viel Erfahrung glaube ich doch bei Ihnen voraussetzen zu können, daß sie zwischen den Ehrfurchtsbezeugungen gegen den Fürsten und der Uebereinstimmung mit dem herrschenden Regierungssystem, das gestern Schwerin, heute Eulenburg und morgen Gott weiß wie heißt, zu unterscheiden wüßten. Ich will hier nicht besondere Wünsche unserer Provinz oder die Forderung nach Aufrechterhaltung berechtigter Eigenthümlichkeiten betonen, das aber gebe ich Ihnen zu bedenken, Sie werden Schleswig-Holstein nicht anders gewinnen als um den Preis einer verfassungsmäßigen Regierung. (Lebhafter Beifall links, Zischen rechts.)

Der Justizminister legt gegen Alles, was der Abg. Hänel gesagt, „Protest“ ein. Er nimmt die Richter in Schleswig-Holstein in Schutz und namentlich die Staatsanwaltschaft, die sich „ganz vorzüglich“ bewährt habe. (Heiterkeit links.) Hr. Kisch antwortet der Minister, daß er die Judenfrage nach preußischem Recht noch nicht studirt habe; er werde dies nunmehr thun. — Den Anträgen gegenüber bemerkte er, daß er sehr gern die Lage der Justizbeamten verbessern möchte, was aber nur möglich sei durch eine Aenderung in der Organisation der Gerichte. (Bravo links.) Hierbei würden Erparnisse zu machen sein ebenso

wie durch Vereinfachung des subalternen Bureaudienstes. Den Kaiser Rönne'schen Antrag hält der Minister für unverfänglich, wenn nicht etwa Besonderes noch dahinter stecke. Der Minister berührt noch einige andere Beschwerden und Wünsche und verköstet schließlich auf die neue Justizorganisation.

Herrenhaus.

Das Herrenhaus hielt am 28. d. M. bei nicht beschlußfähiger Mitgliederzahl seine dritte Sitzung ab. In derselben legte der Justizminister 5 und der Minister für landwirthschaftliche Angelegenheiten 2 Gesetzentwürfe vor; außerdem stellt der Letztere für die nächste Zeit ein allgemeines Feldpolizeigesetz in Aussicht.

Norddeutscher Bund

Berlin. Wie verlautet, hat die Staatsregierung nicht die Absicht, die Kartellkonvention, über deren Erneuerung sie jetzt mit Rußland beräth, dem Landtage zur Genehmigung vorzulegen.

Zur Beruhigung meldet ein neues Kopenhagener Telegramm, daß der Kriegsminister nur aus Gesundheitsrücksichten einen dreimonatlichen Urlaub genommen habe.

Rußland

Warschau. In hiesigen offiziellen Kreisen will man darüber unterrichtet sein, daß seit der Rückkehr des Kaisers aus Deutschland am kaiserlichen Hofe eine politische Strömung sich bemerkbar mache, die den Bestrebungen der demokratisch-genannten national-russischen Partei wenig günstig sei. Die Gegner dieser Partei knüpfen an diesem angeblichen Umschwung der politischen Stimmung des Kaisers die Hoffnung, daß die russische Regierung sich bald ganz von dem Einfluß der nationalen Demokratie emanzipiren und wieder in ihre frühere konservative Bahn einlenken werde. Die Erfüllung dieser Hoffnung ist um so eher als möglich anzunehmen, als man sich in einflussvollen und wahrhaft patriotischen russischen Kreisen allem Anschein nach nicht mehr der Ueberzeugung verschließt, daß das von der nationalen Demokratie ins Werk gesetzte gewaltsame Russifizierungssystem früher oder später nothwendig unabsehbare innere Verwirrungen und den gänzlichen wirtschaftlichen Ruin der unter seinem Drucke seufzenden Provinzen herbeiführen muß.

In Moskau sind aus einer Kommunkasse wieder 14,000 Rubel verschwunden — da aber nach russischen Gesetzen Regierungsgelder nie verloren gehen können, so muß die betreffende Kommune dieselben ersetzen, und doch soll der Thäter allgemein bekannt sein.

Locales und Provinzielles

Inowracław. Des seit etwa 8 Tagen eingetretenen Frostes wegen haben sich die Baumunternehmer veranlaßt gesehen, die Erdarbeiten an der Posen-Thorner Eisenbahn einzustellen.

Bei den der hiesigen katholischen Pfarrgemeinde gehörigen am Donnerstag verkauften 3 Bauplätze sind die Herren Pfig Feibich, Anton Krykewski und A. Kuczynski die Meistbieter geblieben. Der Zuschlag muß vom Herrn Erzbischof erfolgen.

Am Freitag ist das ehemals der v. Tucholska'schen Familie gehörige Gut Rombino — etwa eine viertel Meile von hier entfernt — öffentlich subhastirt worden. Das Meistgebot von 52005 Thlr. hat der Kaufmann Bahrenberg aus Landsberg a. W. abgegeben. Wie es heißt, wird das über 950 Morgen umfassende Gut zur Parzellirung gestellt werden.

In der Nacht zum 26. d. M. brann-

ten im Dorfe Lubzisk die vom Probsteipächter innehabenden Wohnungs- und Wirthschaftsgebäude nieder; nur ein einziges Vieh ist gerettet worden. Auch das angrenzende Gasthaus ist ein Raub der Flammen geworden.

— Das Francoporto für den Brief wird, den abgeschlossenen Verträge gemäß, nach England wird 2½ Sgr. betragen und das Postanweisungsverfahren eingeführt werden.

— Es ist vielfach die irrige Ansicht verbreitet, daß die Pflanzung eines Baumes an einem öffentlichen Wege das Recht gewährt, denselben nach Belieben wieder wegzunehmen. Zur Begegnung dieser irrigen Ansicht und zur Vergegenwärtigung der bedeutlichen Folgen eines derartigen ungezüglichen Verfahrens soll darauf hingewiesen werden, daß das Obertribunal unterm 19. Juni den Rechtsgrundsatz angenommen hat: „Die Beschädigung eines zur Verschönerung eines öffentlichen Weges bestimmten Gegenstandes ist selbst dann, wenn dieser jene Bestimmung nicht erfüllte und im Eigenthume des Angeklagten stand und wenn die Handlung keine rechtswidrige war, aus § 282 des Strafgesetzbuches strafbar.“ Dieser Paragraph setzt aber 14 Tage als geringstes Strafmaß für derartige Beschädigungen fest und gestattet die zeitige Unterjagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte.

— Der 14. Provinzial-Landtag des Großherzogthums Posen hat unter Anderem beschlossen, zur Unterhaltung der Heilanstalt für Blödsinnige statt des bisherigen Betrages von 630 Thlr. einen Betrag von 1000 Thlr. aus Provinzial-Fonds zu bewilligen. Dafür hat diese Anstalt die Verpflichtung übernommen 15 Blöds- und Schwachsinnige aus der Provinz Posen in Freistelle aufzunehmen.

Der Königl. Landrath bringt dies zur öffentlichen Kenntniß und fordert die Eltern, Vormünder, Gemeinde- und Ortsvorstände denen die Unterbringung von Jüdinen wünschenswerth erscheint, auf, sich in diesem Falle an ihn zu wenden, worauf derselbe wegen Aufnahme derselben in die gedachte Freistelle, sofern dieselben nicht schon ausgefüllt sind, das Weitere veranlassen wird.

— Die Unterrichtskommission hat beschlossen, die Petition des Magistrats und der Stadtverordneten der Stadt Posen „die Abiturienten der Realschulen erster Ordnung den Gymnasial-Abiturienten für das Studium der Rechte und der Medizin auf den Universitäten gleichzustellen“, der Staatsregierung zur Erwägung und als Material zu dem von der Verfassung in Aussicht gestellten Unterrichtsgesetz zu überweisen. — Desgleichen die Petition des elbinger Magistrats wegen Zulassung von Israeliten in den Schulvorstand der Regierung zur Abhilfe zu überweisen.

— Der Magistrat zu Königsberg, an dessen Spitze jetzt der früher vortragende Rath am Handelsministerium Geh. Ober-Reg.-Rath Riesche steht, hat bei der Stadtverordneten-Versammlung einen schleunigen Antrag gestellt in Bezug auf die Müller'schen Gesetzentwürfe über das Volksschulwesen, welche so bedenklicher Natur seien, daß der Magistrat es für eine Pflicht erachte, dagegen vom Standpunkte des Vertreters der Kommune Protest zu erheben. Wenn diese Gesetze auch nur Neckerlichkeiten beträfen, so seien sie doch durchaus bürokratischer Natur. Ueberall mache sich der Wille des Staates in erster Linie geltend, die Kommunen würden nur zu bezahlen haben, ihren Einfluß nicht üben können. Das Allerbedenklichste aber sei der scharf konfessionelle Charakter des Gesetzes. Die unmittelbare Folge würde sein, daß alle Schulen, denen nicht das Prädikat „höhere“ anhaftet, unter den direkten Einfluß der Geistlichkeit gestellt sein würden. Der Magistrat sagt schließlich: „Wir sind der Meinung, daß solche mittelalterliche Einrichtungen nicht mehr in unser Jahrhundert passen und

es endlich an der Zeit sei, Kirche und Schule zu trennen.“ Der Magistrat beauftragt, Mitglieder für eine gemischte Kommission zu wählen, welche des Schnelligsten eine Petition an das Abgeordnetenhaus zu redigiren hätte. Dieser Antrag kam am 23. in der Stadtverordneten-Versammlung zur Verhandlung, wurde von Dr. Müller und Dr. Jasson lebhaft empfohlen und von der Versammlung einstimmig angenommen.

— Wie man der *J. M.* mittheilt, sind von den kleinern Besitzern im Reg.-Bez. Königsberg auf die empfangenen Nothstandsdarlehne bereits 17,000 Thlr. zurückgezahlt, obgleich dieselben noch nicht einmal fällig waren.

— Die Zahl der Unterstützungsbedürftigen Typhuskranken im Gumbinner Kreise stellt sich doch größer heraus, als wir angegeben, und sind bereits 121 ermittelt. Aus dem ganzen Regierungsbezirke Gumbinnen sind bis jetzt 1030 angemeldet.

Literarisches.

Volkskalender.

Der „**Steffens'sche Volks-Kalender**“ ist in seinem 29. Jahrgang (Verlag von Louis Gerstel) erschienen und zeichnet sich diesmal wie früher auch durch eine sehr geschmackvolle und elegante Ausstattung aus. Die Illustrationen, theils Stahlstiche, theils Holzschnitte, sind sauber und künstlerisch ausgeführt; besonders aber empfiehlt sich der Kalender durch seine mannigfaltigen, belletristischen Beigaben. Louise Mühlbach, Julius Rodenberg, Max Ring, G. Gisl und mehrere andere bekannte Schriftsteller haben Beiträge geliefert, ernsten und heiteren, historischen und belehrenden Inhaltes, so daß dieser neue Jahrgang des „Steffens'schen Volks-Kalenders“ mit zu dem Besten gehört, was der Buchhandel in diesem Genre jetzt auf den Markt gebracht hat.

„Die gute Stadt“ Jahr

hat von jeher Allerlei producirt, was seinen Weg in die weite Welt gefunden hat, z. B. ihren Schnupstabaak und ihre Cichorie. Nichts aber ist weiter hinaus in alle Lande gegangen, als der Kalender, der in ihren Manern erscheint und ihren Namen trägt: **Der Jahre's Hinfende Bote**. Er erreicht in diesem Jahre bereits eine Auflage von nicht weniger als einer halben Million Exemplaren. Eine solche Verbreitung — das läßt sich ohne Weiteres annehmen — läßt auf ungewöhnliche Eigenschaften dieses Kalenders schließen, denn die geschäftliche Unternehmungslust und Thätigkeit, mag sie noch so groß sein, thut's für sich allein nicht. Und so ist es in der That. Der Kalender hat einen Schriftsteller gefunden, der für seine Aufgabe eine eminente Befähigung besitzt. Er ist ein Erzähler von scharfster Beobachtungsgabe und Lebenskenntniß, der mitten in das gewöhnliche Leben hineingreift und daraus Gestalten, Scenerien, Begebenheiten holt, die so naturwahr sind, daß Jeder sie schon gesehen oder selbst erlebt zu haben glaubt. Nirgends Ueberbenglichkeit sondern voller Realismus; dabei überall ein Hauch von Poesie, wirklicher Humor und eine Sprache, die, obgleich oft bis zur landläufigen Ausdrucksweise des gewöhnlichen Lebens herabsteigend, doch genau die Grenze kennt, wo der populäre Ton aufhören könnte, ebel zu sein. In dieser Weise wird der Kalender jetzt schon seit einer Reihe von Jahren geführt, und ihr verdankt er vor Allem seinen beispiellosen Aufschwung. Die Uebersicht über die Weltbegebenheiten des letzten Jahres ist so gehalten, daß man sich ebenso an dem Ton ergötzen, wie über die männlich frische Gesinnung, die hindurchweht, erfreuen wird. Die Illustrationen sind zahlreich und verrathen durchweg eine geschickte Hand. (Karlsru. Zeitung).

N u z e i g e n.

Öffentliches

Stadtverordneten - Versammlung

Dienstag, den 1. Dezember 1868.

Abends 6 Uhr.

Tagesordnung:

Prüfung und Feststellung der entworfenen Satz der Rammerei-Kasse, der Stadt-Schul-Kasse, der Stadtarmen-Kasse pro 1869 und 5 Besuche um Gehaltsverbesserung zur näheren Prüfung resp. Berücksichtigung.

Snowracław, den 27. November 1868. J

Re p l e r,

Vorsitzender.

Glücks-Offerte u. Weihnachtsgeschenk.

Das Spiel der Frankfurter Lotterie ist von der Königl. Preuss. Regierung gestattet.

„Gottes Segen bei Cohn!“

Von dieser Capitalien-Verloosung mit Gewinnen von ca. 1 Million Thlr.

beginnt die Ziehung am 10. Decbr. d. J.

Die Verloosung geschieht unter Staats-Aufsicht.

Nur 4 Thlr. oder 2 Thlr. oder 1 Thlr.

kostet hierzu ein wirkliches Original-Staats-Loos, (nicht von den verbotenen Promessen) und werden solche gegen frankirte Einsendung des Betrages oder gegen Postvorschuss selbst nach den entferntesten Gegenden von mir versandt.

Es wird diesmal nur Gewinne gezogen.

Die Hauptgewinne betragen insgesamt ev. ca. Thlr. 100,000, 80,000, 60,000, 50,000, 25,000, 10,000, 8,000, 6,000, 5,000, 4,000, 3,000, 2,000, 100 a 1,000, über 13,000 a 400, 300, 200, 100, 50 etc. etc.

Gewinnelder und amtliche Ziehungslisten werde meinen Interessenten nach Entscheidung prompt und verschwiegen.

Durch meine von besonderem Glück begünstigten Loose habe meinen Interessenten bereits allein in Deutschland die allerhöchsten Haupttreffer von 360,000, 225,000, 187,500, 152,500, 150,000, 130,000, mehrmals 125,000, mehrmals 100,000, und erst vor 4 Wochen schon wieder das grosse Loos von 127,000 auf Nr. 2823 und vor 8 Tagen schon wieder den grössten Haupt-Gewinn auf Nr. 30934 in der Provinz Posen ausbezahlt.

Jede Bestellung auf meine Original-Staats-Loose kann man der Bequemlichkeit halber auch ohne Brief, einfach durch die jetzt üblichen Postkarten machen.

Laz Sams Cohn, in Hamburg, Bank- und Wechselgeschäft.

Die Lotterie-Loose

zweiter Classe der Schleswig-Holsteinischen Landes-Industrie-Lotterie sind eingetroffen und erlaube ich hiermit die Interessenten und neue Spieler um baldigste Erneuerung Placat und Auskunft gratis und franco.

Hermann Engel, Collecteur

Die Tombau-Loose

erwarte aber in den nächsten Tagen.

H. Ehrenwerth. Buchbinder.



Durch vortheilhaften Einkauf auf der letzten Frankfurter Messe ist mein Lager wiederum aufs vollständigste assortirt und bin ich in den Stand gesetzt, zu bedeutend billigeren Preisen als früher zu verkaufen.

B. M. Goldberg, am Markt.

Großer billiger Weihnachtsverkauf.

Um auch in diesem Jahre die Einkäufe bei mir leicht und angenehm zu machen, habe ich in Folge dessen mein ganzes

Seiden-, Woll- und Manufactur-Waaren-Lager
in den Preisen bedeutend ermäßigt und empfehle ich daher in reicher Auswahl sehr geschmackvolle Hüte, Hauben, Kapotten, seidene Schürzen, Neze, Stickereien etc.

Ferner: neueste französische Mäntel, Röder, Paletots, Jacken, Umschlagetücher, seidene und wollene Kleiderstoffe jeglicher Art, Parchends, leinene Tücher u. s. w. — Große Auswahl in Tuchen und Buckskins zu Herren- und Kinderanzügen, deren Anfertigung auf Bestellung prompt und gut ausgeführt wird. — Herren- und Damen-Unterjacken, Pantalons, wollene und seidene Shawls, Cravatten, Schlipse, Kragen, Glacée- und Buckskin-Handschuhe u. dgl. m.

Insbefondere erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, daß eine Partie zurückgesetzter **Winter-Mäntel**, um damit zu räumen, bedeutend unter dem Einkaufspreis verkauft wird, ebenso habe ich mehrere tausend Weihnachts-Kleider von meinen guten Stoffen, die ich **auffallend billig** verkaufe.

Ferdinand Oesten in Bromberg,
Friedrichstraße No. 35.

Eine sehr große Auswahl Jugendchriften

für Kinder jeden Alters, sowie

Classiker und Wörterbücher in einfachen und Pracht-Einbänden

empfehle ich und empfehle dieselbe behuf Einkaufs zu Weihnachtsgeschenken bei billiger Preisberechnung. Ich bin gern bereit, auf Wunsch eine Partie zur Auswahl zuzusenden und bitte um gefällige Bestellungen.

Nicht vorräthige Bücher werden in wenigen Tagen ohne jede Preiserhöhung verschafft.

HERMANN ENGEL, Buchhändler.

Meinen hier am Markte belegenen

Gasthof

mit Destillation und Brauerei oder ohne dieselben, bin ich Willens, vom 1. April k. J. unter günstigen Bedingungen zu verkaufen oder zu verpachten.

A. Michaeli,
Kruschwitz.



Ich beabsichtige mein
Grundstück
bei mäßiger Anzahlung zu verkaufen.
J. Keiler.

Ein gut renommirtes Auswanderungs-Geschäft in Bremen wünscht unter den günstigsten Bedingungen Agenten zu engagiren.

Etwaige Reflectanten wollen ihre Offerten unter Chiffre M. U. 269 an die Annoncen-Expedition der Herren Haasenstein & Vogler in Hamburg richten.

Das Musikalien-Verlinsitut

von
E. & R. Herse in Bromberg
vorm.: A. Olszewski

in letzter Zeit bedeutend vergrößert, empfiehlt sich unter Versicherung der allgünstigsten Bedingungen wie der sorgfältigsten Bedienung zur geneigten Benutzung. Abonnements beginnen täglich. Prospekte gratis.

Die nach Vorschrift des Königl. Geheimen Hofrathes und Universitäts-Professors Dr. Harless in Bonn gefertigten **Stollwerck'schen Brust-Bonbons** sind à 4 Sgr. per Packet zu haben in Jnowraclaw beim Konbitor **Franz Krzewinski.**



Der Lehrer Sinkende Bote für 1869

(Auflage ca. 1/2 Million.)

ist stets bei allen Buchhändlern und Buchbindern vorräthig.

Preis 4 Sgr.

Haupt-Agentur: **E. S. Müller'sche Buchhdlg.**
in Bromberg.

In Jnowraclaw bei **Hermann Engel.**

Von heute ab geht mein

Omnibus

nur 3 Mal wöchentlich: Von Jnowraclaw nach Bromberg am Montag, Mittwoch und Freitag, von Bromberg nach Jnowraclaw am Sonntag, Dienstag und Donnerstag.

Ludwig Heise.



Ein eiserner Ofen

steht zum Verkauf. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Eine möblirte Stube

(Parterre), auch ein Speicher sind sofort zu vermieten am Neuenmarkt beim Zimmermeister **Bohlmann.**

5 Thaler Belohnung.

Auf dem Wege von Jnowraclaw nach Leng (Kruschwitz Chaussee) ist dem Inspector Maron meine goldene Unteruhr mit Halskette, goldenes Medaillon, gold. Uhrschlüssel und eisernes Kreuz verloren gegangen. Der ehrliche Finder erhält bei Abgabe der Sachen vom Herrn Uhrmacher **War Lehrs** obige Belohnung.

Jnowraclaw den 29. Nov. 1868.

Richard Mittelstaedt.

Tafelbouillon,
Gelatine roth und weiß,
Schöne Eiernudeln in Baden und
Figuren,
Düsseldorfer Wein-Wostrich
in Gläsern,
Sardinen a l'huile,
Holländer Süßkäse,
Neunaugen à Stück 2 Sgr.
Citronen,
Schöne reinschmeckende
Caffees von 8 — 14
Sgr. à Pfd.
Dampf-Caffees von 10
Sgr. à Pfd.
F. feine Raffinade,
so wie sämmtliche Colonialwaaren
empfehle billigt **L. Handke**



Epileptische Krämpfe (Fallsucht) heilt der
Specialarzt für Epilepsie Dr. O. Kallisch
in Berlin, Jägerstr. 75/76. Auswärtige brieflich. — Schon über 100 geheilt.

Auf dem Dominium **Giebnia** bei **Rafosé**
stehen

30 Acker Eisen-Stubbenholz
zum Verkauf.

Handelsbericht.

Jnowraclaw, 27 November

Man zahlt für:

Weizen kräftiger 128—131 bunt, 60—62 Thlr 131—135
hellbunt 63—64 Thlr. 133—135 fein hochbunt 66—68
Thlr. 131 weiß 69 Thlr. alles p. 2125 Pfd.

Roggen 127—132 Pf. 45 bis 46 Thlr. p. 2000 Pfd.

Gute Futtererbsen frei von schwarzen 48—51 Thlr.

Gerste große 42—46, kleine 40—42 Thlr. p. 1875 Pfd.

Hafer 1 Thlr. p. 50 Pfd.

Kartoffeln 9—12 Sgr. pro Scheffel

Bromberg, 28 November

Weizen, 130—132 62 — 64 Thlr., 133—135 66

— 66 Thlr., feinste weiße und milde Qualität 72 Thlr.

Roggen 48—49 Thlr.

Gerste große 46—48 Thlr.

Gerste kleine 42—44 Thlr.

Erbsen 50—52 Thlr.

Ernter ohne Aufschlag

Rosen, 27 Nov. (Joseph Fränkel) Wetter: schön

Roggen, unverändert. Nov. 46 1/2, 47

Nov.-Dec. 46 1/2, Dec.-Jan. 46

Frühjahr 45 1/2, April-Mai 45

per 2000 Pfd. — Gef. 25 Wäpf.

Spiritus, schwach behauptet Nov br. 14 1/2

December do.

Jan. 1869 14 1/2, Febr. 15 1/2, März 14 1/2, April —

Apr.-Mai 15 1/2 — Mai — per 8000%, 25

Gef. 12000 Quart.

Berlin, 28. November

Roanoco loco gewogen 55

Nov. 56 1/2, Nov.-Dec. 52 April-Mai 50 1/2

Weizen Novb. 6 1/2

Spiritus loco 15 1/2, Nov. 15 1/2, Nov.-Dec. 15 1/2

Rübbölz Nov.-Dec. 9 1/2, bez.

Rosener neue 5 1/2, Fäudbriefe 8 1/2, b.

Amerikanische 6 1/2, Pilsener 188 80 bez.

Russische Banknoten 82 1/2, bez.

Danzig, 28. November.

Weizen Stimmung 10 p. 6 1/2, Umsatz 20 1/2

Druck und Verlag von Hermann Engel in Jnowraclaw